

Die Richter sind sich sicher in ihrem Wissen,  
daß sie es nicht weit bringen mit Gewissen.  
Deshalb lobhudeln sie den Zionisten weiter  
Und quetschen raus aus ihrem Maul den Brei wie Eiter  
Denn am Ende aller Tage woll'n sie ruh'n auf weichen Kissen

Das Wort am Sonntag von OTO 14.11.2010

Hallo Deutsche, Leser und Nichtleser,

Am 11.11.2010 sind drei neue Richter in das Grundgesetzgericht  
(Bundesverfassungsgericht) gewählt worden.  
Dem Datum nach eine reine Karnevalsaktion wie die Schlüsselübergabe der  
Rathäuser zur fünften Jahreszeit.  
Juristisch betrachtet sind sie auch nicht mehr als Faschingsfiguren.  
Formell sind sie aber dazu da dem deutschen Volk Rechtsstaatlichkeit vorzugaukeln.  
Da sind wir schon wieder bei Gauklern. Wobei Gaukler Schauspieler sind und diese  
Personen sind aber Verbrecher. Schaut selbst nach was ein Verbrechen ist :  
<http://de.wikipedia.org/wiki/Verbrechen>.

In Deutschland sind die Gerichte und somit die Richter nur dem Gesetz unterworfen.  
Schaut man aber in dem im Anhang stehenden Artikel wird man erkennen, daß sie  
der Politik des Regimes der BRD unterworfen sind. Sie werden also nicht  
unabhängig nach ihrem Können und ihrer Tätigkeit das sie während ihrer  
Rechtssprechung nachweisen durch ein Gremium von Richtern befördert und in  
leitende Funktionen gestellt, sondern von der Politik nach Hörigkeit und Vermögen  
der Durchsetzungsfähigkeit des politischen Willens, eingesetzt. Also ganz klar.  
Abhängig vom jeweiligen politischen Willen  
Dieser politische Willen wird nicht wie in einer Demokratie, also Volksherrschaft, vom  
Volk bestimmt, sondern von denen, den sich die Politiker verpflichtet haben um in  
ihre Stellungen zu gelangen und zu bleiben, um ihren privaten Vorteil zu genießen.  
Die nach GG vorgeschriebenen unabhängigen unmittelbaren Wahlen wurden seit  
Beginn des GG bis zu seinem juristischen Ende, dem 17.07.1990, nicht befolgt.  
Und nach dem juristischen Ende des GG werden die Wahlen noch mehr  
parteipolitisch geführt.

Durch das Parteiengesetz der BRD werden wirklich demokratische Kräfte grundhaft  
von Wahlen ausgeschlossen. Außerparlamentarische demokratische Oppositionen  
werden zerstört bis hin zum Tode.

Um einen Friedensvertrag zu entgehen werden radikale Elemente und sogar  
Parteien in der BRD gefördert und durch den BND und den Verfassungsschutz  
organisiert und geleitet. (siehe NPD)

Durch die alliierten Besatzer zugelassenen Parteien wurden verboten, weil sie dem  
von den drei Westalliierten GG feindlich gegenüber standen und einen wirklichen  
Frieden für Deutschland in ihrem Programm hatten.(z. B. die SRP)

Das Bundesverfassungsgericht lt. eigener Aussage aus seinem Urteil von  
17.08.1956 (1BvB 2/51) **„Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts würde  
vielmehr nur für den vom Grundgesetz zeitlich und sachlich beherrschten  
Raum wirken.“**

Zeitlich und sachlich beherrschter Raum bedeutet nichts weiter als im  
Geltungsbereich.

Der Geltungsbereich wurde bekanntlich am 17.07.1990 mit dem Artikel 23 aufgehoben.

Seit dem hat auch das formell gültige GG keinen Geltungsbereich. Der in der Präambel angesprochene Bereich, in dem es gelten soll, ist nicht im Gesetz verankert.

## Erklärung zur Präambel des GG im Kommentar von Dr. Friedrich Giese

Dritte, erweiterte Auflage  
Verlag Kommentator GmbH, Frankfurt a.M.  
1953

### Zitate

zu Pkt.1: „Eine sogenannte Präambel (deutsch: Vorwort) ist Bestandteil der Verfassung. Darin wird über Vornahme, Beweggründe und Zielsetzung der Verfassungsgebung berichtet. Solcher Bericht betrifft einen abgeschlossenen staatsrechtlichen Vorgang, umreißt seine staatspolitische Bedeutung. ER enthält nicht imperative [bindende ol] sondern nur aussagende Rechtsnormen, trägt kaum dispositiven [anordnet ol] , sondern hauptsächlich „deklamatorischen“ [ausdrucksvoll ol] Charakter.“

Einfach ausgedrückt, hat eine Präambel eine erklärende aber keine setzende Wirkung. Und eine setzende Wirkung hat nur ein Gesetz. Daher der Name Gesetz. Das Gesetz aber selbst fängt erst mit Artikel oder Paragraph 1 an. Und innerhalb dieses Gesetzes muß dann der Geltungsbereich ausgeführt sein, wie es der Artikel 23 im GG früher war. .

Was aber wenn das GG keinen Geltungsbereich mehr hat und das Bundesverfassungsgericht keinerlei rechtskräftige Urteile fällen kann, also außerhalb des Gesetzes steht und somit ein ungesetzliches Gericht ist. Ja dann ist es ein ungesetzliches, ein Ausnahmegericht. Und Ausnahmegerichte sind lt. Proklamation Nr. 3 des alliierten Kontrollrats vom 20.10.1945 verboten. Und ohne Friedensvertrag sind die Anordnungen der alliierten Behörden nach wie vor rechtsgültig. Somit ist das Bundesverfassungsgericht ein nach dem Kontrollratsvorschriften verbotenes Gericht. Und an dieses Gericht wurden jetzt erst wieder drei willige Personen als sogenannte Richter berufen.

Bei diesem Gericht legen Schachtschneider und andere Größen Verfassungsbeschwerden ein. Verfassungsbeschwerden, die eigentlich Grundgesetzbeschwerden heißen müßten. Ach ja, jetzt sagt man die BRD sei seit dem 03.10.1990 souverän. Warum aber macht der Regierungsamtsrat Rudolph vom Verfassungsgerichtshof Berlin unter der Tagebuch Nr. **VerfGH TgbNr. 1-6/05** die folgende Aussage:

**... „eine schriftliche Zustimmung durch die Alliierten Befreier des deutschen Volkes vorzulegen bzw. einzuholen, die Zulässigkeit zur Erhebung von Gerichtskosten zu klären, Rechtsverordnungen, Gesetze und Befehle für Berlin und Deutschland als Ganzes und den Deutschlandvertrag für nichtig zu erklären, liegt außerhalb der gesetzlichen Befugnis des Verfassungsgerichtshofs des Landes Berlin“.**

Und für die Menschen, denen es hier noch nicht genug ist und die sich weiter informieren wollen, sollten sich das Bundesverfassungsgericht zum Petersberger Abkommen vom 29.07.1952 (2BvE 3/51) vornehmen und dann wird ihnen klar, daß die Klage des Herrn Schachtschneider am Bundesverfassungsgericht keinerlei

Wirkung haben konnte. Außer der Verklärung der Sachlage und der Beruhigung des Unwillens der Bevölkerung. Immer schön nach dem Motto, das Jean Claude Juncker ausgegeben hat:

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Premierminister von Luxemburg Jean-Claude Juncker erklärt seinen EU-Kollegen die Demokratie (SPIEGEL 52/1999). Schaut nach wer dieser Mann ist

[http://de.wikipedia.org/wiki/Jean-Claude\\_Juncker](http://de.wikipedia.org/wiki/Jean-Claude_Juncker)

Olaf Thomas Opelt  
Reichs- und Staatsangehöriger  
Staatsrechtlicher Bürger der DDR  
Mitglied im Bund Volk für Deutschland